



Mai 2019



# SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei



SEITE 10

*Nicht noch mehr Sozialtourismus - das wäre ruinös für die Schweizer Steuerzahler*



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

MUSTER

### Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) annehmen?

Antwort

*NEIN*

*An die Urne: Sagen Sie Nein zur bevormundenden EU-Waffenrichtlinie!*

SEITEN 3 - 4

*Die unkontrollierte Zuwanderung bleibt das Hauptproblem*

SEITEN 12 - 13

*Mehr SVP - damit die Schweiz Schweiz bleibt*

SEITE 15

## Die SVP in den Schweizer Medien

**AARGAUER ZEITUNG**  
START AARGAU SCHWEIZ AUSLAND WIRTSCHAFT SPORT  
Jetzt aktuell: FC Aarau

MÖRIKEN-WILDEGG

### Aus dem Stall nach Bern: Bauer und SVP-Grossrat Alois Huber will Nationalrat werden

von Janine Gloor - az Aargauer Zeitung • Zuletzt aktualisiert am 10.6.2019 um 08:46 Uhr



**Tages-Anzeiger**  
Front Zürich Schweiz International Wirtschaft Börse Sport Kultur Reisen Wissen Auto Blogs Panorama Bildredien

### SVP bekämpft Staus, Schikanen und hohe Abgaben

Verkehrsgenässe sollen umgehend beseitigt werden, verkündet die Partei. Dafür dürften vorhandene finanzielle Mittel nicht mehr im grossen Stil abgezweigt werden.



Mit den beiden Fonds Fabi für die Bahn und NAF für die Strassen verfüge der Bund über genügend Mittel, so die SVP. (Keystone/Archiv)

03.05.2019  
Die SVP sagt Staus, Schikanen und höheren Abgaben im Strassenverkehr den Kampf an. Sie will sich dagegen wehren, dass Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) in grossem Stil für Projekte des öffentlichen Verkehrs abgezweigt wird.

Abonnemente **Neue Zürcher Zeitung**

Menu Startseite Schweiz

### SVP Schwyz will mit Alex Kuprecht und Pirmin Schwander Ständeratssitze halten

Geht es nach der SVP Schwyz soll Nationalrat Pirmin Schwander den abtretenden Ständerat Peter Föhn in der kleinen Kammer beerben. Für die Schweizerische Volkspartei nochmals antreten darf ausserdem Alex Kuprecht.

2.5.2019, 23:55 Uhr



Die SVP Schwyz hat Nationalrat Pirmin Schwander (Bild) und den amtierenden Ständerat Alex Kuprecht für die Ständeratswahlen nominiert. (Bild: Peter Klauzner / Keystone)

## Wir dürfen uns nicht erpressen lassen!



Die neue EU-Waffenrichtlinie, über die wir am 19. Mai abstimmen, schadet allen, weil sie der Schweizer Bevölkerung weniger Sicherheit bringt. Dies, weil die neuen Registrierungspflichten den Bürokratieaufwand massiv erhöhen. Konkret würden die Polizisten noch mehr Zeit am Schreibtisch verbringen, statt an der Front ihre Kernaufgaben zu erfüllen.

Vor diesem Hintergrund wäre am 19. Mai eigentlich eine klares Nein zum Waffenrecht zu erwarten. Die Prognosen zeigen aber ein anderes Bild. Allerdings nicht, weil das neue Waffenrecht positive Aspekte hätte, sondern weil das Schweizer Volk 2005 mit dem Ja zum Schengenvertrag auch der dynamischen Rechtsanpassung zugestimmt hat.

Vor diesem Hintergrund besteht die Drohung, dass der ganze Vertrag dahin fällt, wenn die Schweiz einzelne Anpassungen der EU ablehnt. Daher besteht am 19. Mai die Gefahr, dass die Stimmbürger dem neuen Waffenrecht zustimmen – allerdings nicht aus Überzeugung, dadurch etwas zu gewinnen, sondern aus Angst, vielleicht etwas zu verlieren. Vielleicht deshalb, weil ich bezweifle, dass die EU ein Sicherheitsrisiko schafft, indem sie die mitten in Europa gelegene Schweiz von allen

Fahndungssystemen und Polizeidatenbanken ausschliesst.

Solche angstgetriebenen Abstimmungen wären bei einem Ja zum Rahmenabkommen mit der EU die Regel. Denn dann akzeptieren wir die automatische Übernahme von EU Recht in faktisch allen wichtigen Bereichen – bei der Personenfreizügigkeit, im Land- und Luftverkehr, bei der Landwirtschaft, den technischen Handelshemmnissen sowie mittelfristig auch beim Freihandel insgesamt, womit sämtliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU betroffen wären.

Die Befürworter des Rahmenabkommens sagen, dass die Schweizer Bevölkerung auch bei der dynamischen Rechtsübernahme jeweils über Gesetzesanpassungen, beispielsweise beim Grenzschutzabbau in der Landwirtschaft oder beim Abbau des Lohnschutzes, abstimmen könnte. Das mag sein. Aber wie heute beim Waffenrecht, so würde es künftig immer im Vorfeld solcher Abstimmungen heissen, wer sich gegen die EU stellt, riskiert den Rahmenvertrag. Die Angst und nicht mehr der freie Wille der Schweizerinnen und Schweizer würde über die Geschehnisse unseres Landes bestimmen. Das wäre das Ende der direkten Demokratie.

Wir dürfen uns nicht erpressen lassen! Deshalb rufe ich Sie dazu auf, die EU-Waffenrichtlinie am 19. Mai klar abzulehnen – das neue Gesetz schadet allen.

*Albert Rösti*

**Nationalrat Albert Rösti  
Präsident der SVP Schweiz**

## Nein zur Entwaffnung der Gesetzestreuen

**Auf Anschläge, verübt von Terroristen mit illegalen Waffen, reagiert die EU mit einer weiteren Entwaffnung der gesetzestreuen Bürger. Nicht mit der konsequenten Ausschaffung von Gefährdern. Und nicht mit der Sicherung der Schengen-Aussengrenze, wozu die EU eigentlich vertraglich verpflichtet wäre.**

Terroristen und Kriminelle besorgen sich ihre Waffen natürlich nicht auf legalem Weg. Sie lassen sie auch nicht registrieren. Deshalb verhindert das neue EU-Waffengesetz kein Verbrechen und keinen einzigen Terroranschlag.

Artikel 17 der Waffenrichtlinie räumt der EU das Recht ein, alle fünf Jahre in der Schweiz auf neue Verschärfungen zu pochen. Als nächste Bevormundung folgen wohl psychologische Abklärungen für Besitzer legaler Waffen. Und falls wir solche weiteren Verschärfungen ablehnen wollen, werden wir mit derselben leeren Drohung erpresst wie heute.

### Die EU hat kein Interesse am Ausschluss der Schweiz

Würde der Schengen-Vertrag mit der Schweiz gekündigt, dann würde die EU auch ihre eigene Bevölkerung einer erhöhten Gefahr aussetzen. Denn, wenn die Schweiz vom Schengener Informationssystem (SIS) ausgeschlossen würde, entstünde erst recht mitten im Schengenraum ein blinder Fleck, wo sich Terroristen und



**Bevormundung ohne Ende: Laut der neuen Waffenrichtlinie kann die EU alle fünf Jahre auf neue Verschärfungen pochen.**

Kriminelle unerkannt und unbehelligt tummeln könnten. Bereits heute sind Terroristen weitgehend unbehelligt im angeblich so sichern Schengenraum unterwegs: Wie leicht sie mit illegalen Waffen die offenen Grenzen überqueren, haben die Anschläge von Deutschland, Paris oder Belgien anschaulich demonstriert.

Im unwahrscheinlichen Fall, dass die EU-Funktionäre die Schweiz als Strafaktion aus Schengen verstossen, hätten wir die Möglichkeit, unsere

Grenzen wieder eigenständig zu sichern. So, wie wir es vor Schengen auch getan haben. Ich konnte bereits mit einer Motion in der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) bewirken, dass das Grenzschutzkorps endlich aufgestockt wird.

Die SVP setzt sich generell für das ein, was tatsächlich Sicherheit schafft: Für mehr Grenzwachter und für mehr Polizisten. Denn nur diese sorgen dafür, dass Kriminelle und Terrorverdächtige nicht nur im viel gepriesenen Schengen Informationssystem erfasst sind, sondern dass sie auch tatsächlich gefasst und aus dem Verkehr gezogen werden.

Deshalb: Ein klares Nein am 19. Mai zur neuen EU-Waffenrichtlinie – die Schweiz lässt sich weder von Terroristen, noch von der EU erpressen.

Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz  
EU-Diktat-Nein.ch

**NEIN**  
am 19. Mai

**Unrecht  
Freiheitsfeindlich  
Nutzlos  
Gefährlich  
Antischweizerisch**

Auch für Nadine, angehende Büchsenmacherin, ist klar:

**Stop dem Entwaffnungsdiktat der EU**

Von Nationalrätin  
Barbara Keller-Inhelder  
Jona (SG)



## Ein Ja zur Waffenrichtlinie gefährdet Ihre Sicherheit!

**Die neue EU-Waffenrichtlinie, über die das Schweizer Volk am 19. Mai abstimmt, führt zu mehr Bürokratie für die Polizisten. Diese aber brauchen wir vor allem in den Städten auf der Strasse, damit sie für Sicherheit und Ordnung sorgen.**



**Polizisten gehören auf die Strasse und nicht ins Büro.**

Nicht nur in grossen Städten wie Zürich, Bern, Basel oder Genf, sondern mittlerweile auch in kleineren Ortschaften kommt es im öffentlichen Raum fast täglich zu einem oder mehreren Gewaltdelikten. An den Wochenenden sieht die Situation noch viel schlimmer aus: Messerstechereien hier, Raubüberfälle oder Prügeleien da. Zusätzlich ziehen oftmals regelrechte Saubannerzüge von verummten Chaoten durch die Gassen und randalieren lautstark. Sachbeschädigungen gehören leider schon fast zur Tagesordnung solcher «Demonstranten». Zusätzlich ziehen gut organisierte ausländische Verbrecherbanden

durch die Quartiere und brechen in Wohnungen und Häuser ein. In gewissen Strassenabschnitten wird munter mit illegalen Drogen gedealt. Damit die Situation nicht vollends aus dem Ruder läuft und sich die normalen Bürgerinnen und Bürger auch nachts in ihren Städten bewegen können, muss die Polizei intervenieren und für Sicherheit und Ordnung sorgen.

### Massiv mehr Bürokratie

Die genannten Beispiele sind nur eine kleine Auswahl der täglich anfallenden Polizeiarbeit. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten heute in einem sehr schwierigen Umfeld eine oft extrem gefährliche Arbeit. Hinzu kommt, dass die Polizeikorps vielerorts personell am Anschlag sind. Gerade in Grossstädten ist es nicht mehr so einfach, junges Personal für den gefährlichen Job des Polizisten zu finden.

Zusätzlich zu diesen Schwierigkeiten, soll nun noch die neue EU-Waf-

fenrichtlinie kommen, über die wir am 19. Mai an der Urne abstimmen. Die Waffenrichtlinie beinhaltet diverse, sogenannten administrative Änderungen. Bei einer Annahme der Vorlage müssten zum Beispiel Museen oder auch Sammler neu umfangreiche und detaillierte Register über ihre Waffen führen. Neu müsste auch über die Art einer Waffe oder darüber, wer welche Waffe weshalb besitzt, streng Buch geführt werden. Die Pflicht zur Überprüfung und Überwachung der Register und Richtlinien würde neu bei den Polizeikorps liegen.

Damit ist klar, dass die Umsetzung der neuen EU-Waffenrichtlinie in der Schweiz vor allem zu einem führen würde: Zu einer regelrechten Bürokratielawine. Bei unseren Polizeikorps fielen nicht nur unzählige Stunden zusätzlicher Schreibtischarbeit an, sondern auch gewaltige Kosten für neue Informatik. Die Zeche müssten einmal mehr die Schweizer Steuerzahler begleichen. Und dies gleich in doppelter Hinsicht: Denn wenn die Polizisten mehr Zeit im Büro verbringen, dann geht das auf Kosten der Sicherheit auf der Strasse.

Darum ist am 19. Mai 2019 ein klares Nein zur Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie nötig!

Von Nationalrat  
Mauro Tuena  
Zürich (ZH)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**MUSTER**

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) annehmen?

Antwort  
**NEIN**

**Jetzt an die Urne!**

## In Basel regieren Willkür und politischer Opportunismus

**Wenn Rot-Grün regiert, steht der Kanton über dem Bund, ist Basel-Stadt wichtiger als Dublin und kommt Politik vor Recht. Hauptsache, ein abgewiesener Asylbewerber kann in der Schweiz bleiben. Zu diesem Zweck setzt der Regierungsrat von Basel-Stadt ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht um, das die Ausweisung eines Afghanen angeordnet hat.**

Ein junger Afghane war mit seiner Familie in den Iran geflohen. Dort von der Armee eingezogen, floh er während eines Urlaubs nach Europa. Ein Asylgesuch in Österreich wurde abgelehnt. Sein Asylgesuch in der Schweiz musste nach den Grundsätzen des Dublin-Abkommens ebenfalls abgewiesen werden, was in letzter Instanz das Bundesverwaltungsgericht bestätigte. Eine Petition, vom Grossen Rat von Basel-Stadt unterstützt, forderte, dass der Afghane nicht ausgeschafft wird. Dem schloss sich der Regierungsrat an: Er werde dem Bund mitteilen, dass er «die Überstellung nach Österreich nicht vollziehen» werde.

Den Rechtsstaat, die Bindung aller Staatstätigkeit an Recht und Gesetz, ruft in ausländerpolitischen Fragen normalerweise die politische Linke an. Nicht so der rot-grün dominierte Basler Regierungsrat, wenn die Anwendung von Recht und Gesetz zu einem politisch nicht genehmen Ergebnis führt. Dann steht Politik – so, wie man sie kraft der Mehrheitsverhältnisse selber bestimmen kann – über dem Recht. Ein solches Verhalten verstösst nicht nur gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, sondern ist auch Willkür und politischer Opportunismus. Und als Bürger frage ich mich, warum ich eine Busse für zu schnelles Fahren in einer Tempo-30-Zone bezahlen muss, wo ich solche Zonen doch politisch ablehne.

Das Dublin-Abkommen, ganz allgemein die bilateralen und andere internationale Verträge, rufen nor-



**Ein rechtskräftig abgewiesener Afghane soll hier bleiben, weil die rot-grün dominierte Basler Regierung die Ausschaffung verweigert.**

malerweise die politische Linke und die Internationalisten aller Lager an. Sie bringen uns bei, dass Migration ein globales Problem sei – äxgüsi: eine Chance, sprudelndes Potenzial, so der UNO-Migrationspakt –, welches global zu lösen sei. Doch wenn die globale Lösung der Asylprobleme dem baselstädtischen Regierungsrat im konkreten Einzelfall nicht gefällt, kommt Basel-Stadt vor Dublin. Das ist Opportunismus der Internationalisten.

### Die Doppelmoral der Linken

Den Zentralismus, die politische Gewalt des Bundes, ruft normalerweise die politische Linke an, die oft den Föderalismus lächerlich macht, den Kantonen nichts zutraut oder ihnen die Verfolgung eigener Interessen vorwirft (was die Kantone hoffentlich tun). Im Verhältnis

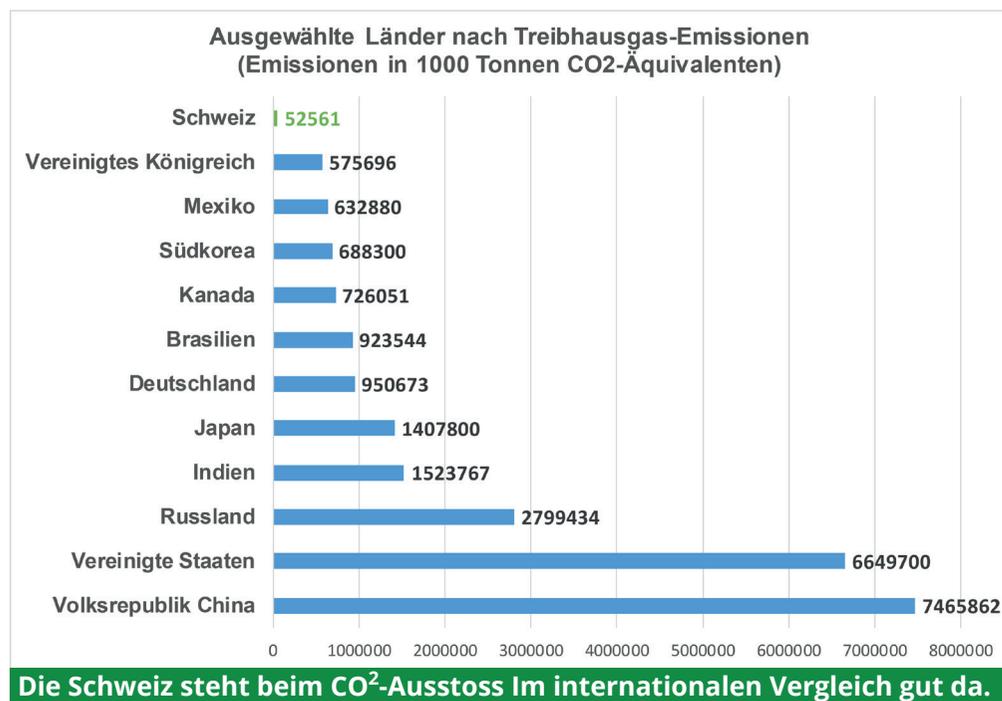
zwischen dem Bundesverwaltungsgericht und dem baselstädtischen Regierungsrat scheint aus der Sicht des Letzteren ein etwas anderer Föderalismus zu gelten. Hier soll die Kantonsregierung den Behörden des Bundes mitteilen, wie die Gesetze des Bundes und die Staatsverträge, die der Bund abgeschlossen hat, umzusetzen sind. Das ist opportunistischer Föderalismus. Wobei zu vermuten ist, dass der baselstädtische Regierungsrat das nur für Basel-Stadt so sieht, während der Bund anderen Regierungsräten gefälligst ganz genau auf die Finger zu schauen hat.

Von Nationalrat  
Hans-Ueli Vogt  
Zürich (ZH)



## Null Logik hinter «netto Null CO<sup>2</sup>»

**Der links-grün dominierte Gemeinderat der Stadt Zürich fordert, dass der CO<sup>2</sup>-Ausstoss bis ins Jahr 2030 auf netto Null reduziert werden soll. Für die Bevölkerung bedeutet es nichts Gutes, wenn dieses Ziel umgesetzt wird.**



Was blüht uns, wenn die linke Utopie «netto Null CO<sup>2</sup>-Ausstoss bis 2030» Realität wird? Nun, die Schweiz würde den CO<sup>2</sup>-Ausstoss im Ausland ankurbeln. Denn wenn alle Autos mit Elektrostrom laufen müssen, zugleich aber die schweizerischen Kernkraftwerke abgestellt werden sollen, sind wir zum Import von dreckigem Kohle- oder Atomstrom aus Deutschland und Frankreich verdammt. Gaskraftwerke wären wegen ihres CO<sup>2</sup>-Ausstosses auch keine Alternative. Doch woher der Strom für die E-Autos kommt, kümmert die Linke wenig. Viel lieber verkauft sie das Fell des Bären, bevor sie ihn erlegt hat und verspricht, die raren Zürcher Parkplätze für E-Fahrzeuge zu reservieren.

Zudem müssten die meisten Zürcher im Winter in kalten Wohnungen frieren, weil mit Öl- und Erdgasheizungen das Ziel «netto Null

CO<sup>2</sup>» unerreichbar bleibt. Touristen und Geschäftsreisende aus Übersee müssten Zürich zudem aus Rücksicht auf die Ortsklimabilanz meiden. Aus demselben Grund müssten Unternehmen wie Google, die FIFA, weitere Grosskonzerne sowie Versicherungen und Banken einen neuen Standort suchen. Die Folge: Massenhaft Arbeitslose und im nationalen Finanzausgleich würde Zürich dem Klima zuliebe zum Netto-Empfänger.

### Wohnen in Zürich würde noch teurer

Müssen alle Wohnliegenschaften CO<sup>2</sup>-frei sein bis ins Jahr 2030, würde dies bedeuten, dass unzählige Häuser abgerissen oder mit massiven Investitionen umgerüstet werden müssten. Die Folge: die bereits heute hohen Mietpreise würden explodieren. Bestehendes Bauvolumen mutwillig zu zerstören, um

CO<sup>2</sup>-frei zu werden, kostet zudem auch Energie und widerspricht nicht nur der Vernunft, sondern auch dem Ziel, mit den Ressourcen haushälterisch umzugehen.

Was in der Klimadebatte gerne vergessen geht: Es sind vor allem die Grünen und Linken, die die Massenzuwanderung unterstützen. Massenzuwanderung in die Schweiz bedeutet auch im Energiebereich eine unverantwortliche Zunahme des Ressourcenverschleisses.

### Linke Angstmacherei bringt keine Innovationen

Niemand, und schon gar nicht die SVP, verweigert sich technischen Neuerungen. Bei Neu- oder Umbauten wird bereits heute energiesparend gebaut. Die Schweiz und die Stadt Zürich haben bereits einen tiefen CO<sup>2</sup>-Ausstoss pro Kopf. In Deutschland ist er doppelt, in den USA vier Mal so hoch.

Die linken und grünen Parteien hingegen stehen technischen Neuerungen skeptisch gegenüber und fordern in gewissen Bereichen, etwa bei der Kernkraft, regelrechte Denkverbote. Es ist nicht die Angstmacherei der linken Kreise, die im Umweltbereich Innovation schafft. Das tun die Industrie und das Gewerbe. Dem Klima hilft Vernunft, nicht Hysterie!

Von Nationalrat  
Alfred Heer  
Zürich (ZH)



## Lokal einkaufen ist der beste Umweltschutz

**Die SVP setzt sich als einzige Partei für eine produzierende Schweizer Landwirtschaft ein. Und wer wirklich etwas für die Umwelt tun will, der lässt die Erdbeeren aus Spanien im Regal stehen und kauft saisongerechte Lebensmittel aus Schweizer Produktion.**



Die SVP setzt auf die Schweizer Landwirtschaft statt auf Nahrungsmittelimporte.

Aus der Region – für die Region: So lautet der bekannte Werbespruch eines Detailhändlers. Wenn sich dies alle zu Herzen nehmen würden, wäre der Umwelt schon sehr viel Gutes getan. Aber halten sich denn die Detailhändler selbst an ihre Versprechen? Ein Blick in die Regale genügt, um festzustellen, dass dies nicht viel mehr als Kundenfang ist. Denn da werden zum Beispiel Bio-Erdbeeren aus Spanien angepriesen, das Lammfleisch kommt aus Australien und so weiter. Aus der Region – für die Region rückt da in weite Ferne.

### Der Konsument entscheidet

Sind nun die Detailhändler verantwortlich für dieses Herumgekarre von Lebensmitteln aus der ganzen Welt, oder doch eher die Konsumenten? Letztlich entscheidet der Konsument mit seinem Einkaufsverhalten. Denn, wenn niemand die Erdbeeren aus Spanien und das

Lammfleisch aus Australien kauft, dann werden diese Produkte über kurz oder lang auch nicht mehr angeboten. Was kein Verlust wäre: In der Schweiz haben wir hervorragende Gemüse- und Lammfleischproduzenten, welche sehr umweltbewusst produzieren, wenn man sie nur lässt.

### Links-grün setzt auf Importe

Verschiedene Initiativen aus dem links-grünen Lager wie die Trinkwasserinitiative versuchen jedoch, die produzierende einheimische Landwirtschaft zu zerstören. Man möchte stattdessen lieber eine Ballenberglandwirtschaft installieren. In den Bergtälern will man mit der Ansiedlung von Wölfen und Bären die Landwirtschaft vertreiben und auf dem Talboden sind nur noch Blumenwiesen erwünscht. Alles, was der Produktion von Nahrungsmitteln dient, wird von der links-grünen Seite verteufelt. Lieber setzt man auf Importe. Da sind den

fanatischen Klimajüngern die Abgase plötzlich egal, die auf den langen Transportwegen durch halb Europa in die Luft geblasen werden. Ganz nach dem Motto aus den Augen aus dem Sinn.

### Ja zur heimischen Produktion

Die SVP hingegen ist die einzige Partei, die zu 100 Prozent auf die heimische, schweizerische Produktion von Lebensmitteln setzt. Wir sind überzeugt, dass wir so die Umwelt am besten schützen und nicht zuletzt auch wichtige Arbeitsplätze sichern. Ganz nach dem Motto: Aus der Region - für die Region.

Von Nationalrat  
Marcel Dettling  
Oberiberg (SZ)



## Der Staat rupft den Mittelstand

**Der Mittelstand ist die tragende Säule unseres Landes. Doch in der Schweiz stagnieren die Löhne, während die Lebenshaltungskosten, insbesondere Wohnkosten, Krankenkassenprämien und Bildungsausgaben, überproportional steigen. Vor allem aber belastet der weitere Ausbau des Sozialstaates die Löhne des arbeitenden Mittelstandes.**

Berechnet man die Abgabenlast für ein Ehepaar mit zwei Kindern, dann stellt man fest, dass viele Schweizer Familien während mehr als der Hälfte des Jahres nur für den Staat arbeiten. So zahlt eine vierköpfige Familie Arbeitnehmer-Lohnprozente für die AHV, die IV, die Erwerbsersatzordnung, die Arbeitslosenversicherung, die Pensionskasse und die Unfall- und Nichtberufsunfallversicherung. Zusätzlich kommen in gleicher Höhe die Arbeitgeber-Lohnprozente hinzu. Weiter müssen die Krankenkassenprämien, die direkte Bundessteuer sowie die kantonale Einkommens- und Vermögenssteuer vom verfügbaren Lohn

abgezogen werden. Auf alle getätigten Ausgaben – seien es Nahrungsmittel, Telefonrechnungen, Kleider oder

**In den Städten sind subventionierte Krippen, Wohnungen oder Krankenkassenprämien zunehmend selbstverständlich.**

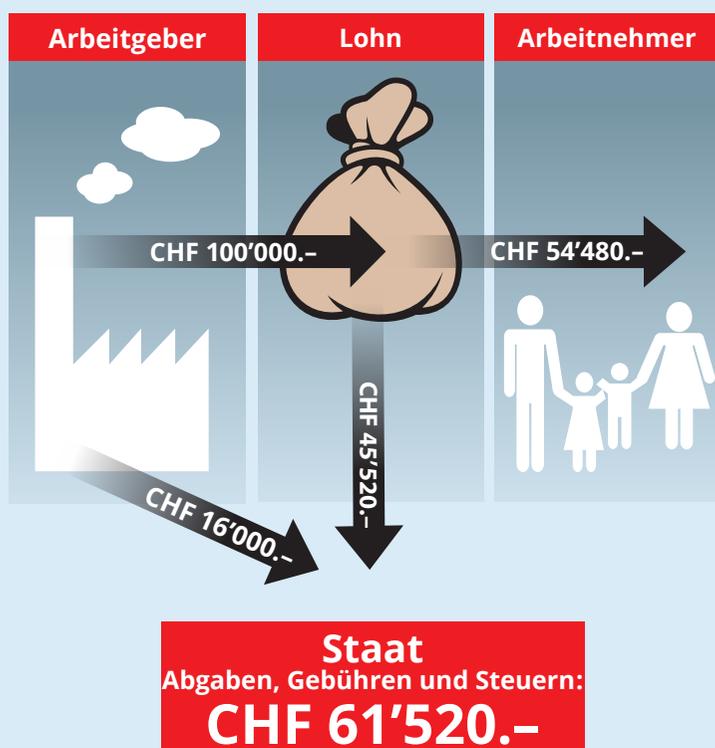
Möbel – wird die Mehrwertsteuer von 2,5 bis 7,7 Prozent hinzugeschlagen. Wird ein Auto benötigt, kommen Ausgaben für die Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer, die Autobahnvignette und der Importzoll hinzu. Schliesslich bezahlen wir weitere Zwangsabgaben

wie die Kehricht- und Abwasserentsorgungsgebühren, die Tabaksteuer, die Alkoholsteuer, Stempelabgaben, Billettsteuern oder Hundesteuern.

**Ausufernde Sozialleistungen belasten den Mittelstand**

Gleichzeitig wächst die Anspruchsmoralität an unser bereits grosszügiges Sozialsystem. Insbesondere in städtischen Gebieten werden staatlich finanzierte Kinderkrippen, subventionierte Wohnungen und verbilligte Krankenkassenprämien zusehends zur Selbstverständlichkeit. Doch müssen solche zusätzlichen Sozialleistungen finanziert werden. So wird der arbeitende Mittelstand ein weiteres

### Paar mit zwei Kindern arbeitet über 6 Monate nur für den Staat!



Effektiver Lohn für ein Paar mit zwei Kindern:		116'000.00 CHF
Arbeitgeber-Prozente (AHV, IV, EO, ALV, Pensionskasse, Unfall- und Nichtberufsunfallversicherung, Familienzulagen)		- 16'000.00
Arbeitnehmer-Prozente		- 14'000.00
Krankenkassenprämien		- 11'500.00
Einkommenssteuer im Landesdurchschnitt		- 8'700.00
Direkte Bundessteuer		- 220.00
Mehrwertsteuer auf Konsumausgaben (Nahrungsmittel, Ferien, Restaurants, Telefon, Kleider, Möbel, Zeitungsabonnement usw.) von rund 40'000 Franken		- 3'000.00
Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer, Autobahnvignette, Importzoll für Auto		- 1'500.00
Tabaksteuer (1 Pack Zigaretten pro Tag)		- 1'600.00
Diverse Gebühren und Abgaben (Kehricht- und Abwasserentsorgung, Stempelabgabe, Krankenzusatzversicherung, Billettsteuern, Alkoholsteuer, Hundesteuer, Selbstbehalte bei den Gesundheitskosten usw.)		- 5'000.00
<b>Lohn nach Abzug aller Zwangsabgaben</b>		<b>54'480.00 CHF</b>
<b>Abgabenquote</b>		<b>53%</b>

Mal mit Steuern, Gebühren und Abgaben für den immer stärker wachsenden Sozialstaat belastet. Die Steuer-AHV-Vorlage (STAF), über die wir am 19. Mai an der Urne abstimmen, erhöht etwa die Lohnkosten, die bereits heute zu den höchsten der Welt zählen, um weitere 0,3 Prozent. Zur Finanzierung des Vaterschaftsurlaubs müssten die Lohnbeiträge ebenfalls

**Über 50-jährige sollten ihre Arbeit behalten und nicht durch kostengünstigere Ausländer ersetzt werden.**

angehoben werden. Auch für die Sanierung der zweiten Säule sind

zusätzliche Abgaben vom Monatsgehalt vorgesehen. Gleichzeitig will der Bundesrat zur Teilsanierung der AHV die Mehrwertsteuer von 7,7 auf 9,2 Prozent (plus 1,5 Prozent) erhöhen.

**Die SVP kämpft für weniger Umverteilung**

Die SVP, die Partei des Mittelstandes, fordert hingegen die Stärkung des arbeitenden Mittelstandes. Die Belastung des Bürgers durch Steuern, Gebühren und Abgaben muss dringend gesenkt werden und die Politik muss sich wegbewegen von einem System, das zu immer mehr Umverteilung und zu immer noch mehr Staat führt. An erster Stelle sollen wieder

die Schweizerinnen und Schweizer stehen. Jeder Schweizer Jugendliche soll nach Abschluss seiner Ausbildung eine geeignete Stelle finden. Jeder über 50-Jährige sollte seine Arbeit behalten können und nicht durch einen kostengünstigeren Ausländer ersetzt werden. Der Schweizer Mittelstand ist sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht die tragende Säule der Schweiz, deshalb gilt es ihm Sorge zu tragen.



Von Nationalrat Thomas Aeschi Baar (ZG)

INSERAT



**Wir kaufen Schweizer Mehrfamilienhäuser**

Als Käufer von Mehrfamilienhäusern kombinieren wir die Flexibilität eines privaten Käufers mit der Kaufkraft institutioneller Investoren.

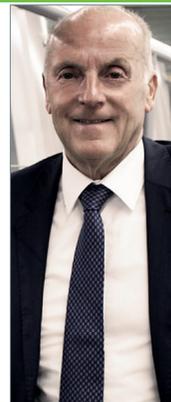
**Ihre Vorteile**

- ✓ Kaufangebot in 24 Stunden
- ✓ Professionelle Abwicklung
- ✓ Exzellente Bedingungen



**Ihr Kontakt**  
Lukas Ott  
immobilien@crowdhouse.ch  
044 377 60 62

Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns online auf [verkaufen.crowdhouse.ch](http://verkaufen.crowdhouse.ch)



**dietschi**  
PRINT&DESIGN OLTEN

**MARKUS REZZONICO**  
SVP-Delegierter Kanton Solothurn  
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

**DIETSCHI PRINT&DESIGN AG**  
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75  
www.dietschi-pd.ch

**HIER KÖNNTE IHR  
INSERAT STEHEN**

Für Informationen: [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)



**Politik live erleben?  
Mitarbeit bei der stärksten Schweizer Partei?**

Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich sucht per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

**Stv. Parteisekretär/-in (80%-100%)**

In dieser vielseitigen, dynamischen und verantwortungsvollen Position sind Sie und Ihr Team einerseits für den reibungslosen und termingerechten Ablauf des Sekretariats zuständig. Andererseits warten u.a. folgende spannenden Aufgaben auf Sie:

- Als Fraktionssekretär/-in betreuen und unterstützen Sie die Kantonsratsfraktion der SVP des Kantons Zürich in administrativen Belangen.
- Sie begleiten und beraten die SVP Sektionen im Kanton Zürich gleichermaßen wie die Fachgremien der SVP des Kantons Zürich.
- Mit Ihrem stilsicheren Deutsch, Ihrem Flair für proaktives Handeln und Organisieren gewährleisten Sie als Redaktor/-in das wöchentliche Erscheinen der Parteizeitung «Der Zürcher Bote».
- Als stellvertretende(r) Parteisekretär/-in erarbeiten Sie selbstständig oder ersatzweise Positionspapiere sowie schriftliche Stellungnahmen.

Für diese anspruchsvolle Stelle bringen Sie Begeisterung für Politik und die Werte der SVP mit. Sie verfügen über eine kaufmännische Grundausbildung oder entsprechende Weiterbildung sowie eine Weiterbildung auf FH-Niveau in Administration, Kommunikation, Medienwirtschaft oder Geschichte. Neben stilsicherem Deutsch in Wort und Schrift beherrschen Sie eine zweite Landessprache fließend mündlich. **Senden Sie Ihre Bewerbung mit vollständigen Unterlagen und Motivationsschreiben im PDF-Format an [sekretariat@svp-zuerich](mailto:sekretariat@svp-zuerich).**

## Kein Sozialtourismus

**Sollte das Rahmenabkommen durchkommen, dann wird die EU auch die Unionsbürgerrichtlinie durchdrücken wollen – mit ruinösen Folgen für unsere Sozialwerke, aber vor allem für die Sozialkassen der Gemeinden und damit für die Steuerzahler. Dieses Füllhorn an staatlichen Leistungen wird sich kaum einer der Zuzüger entgehen lassen.**



Die Unionsbürgerrichtlinie würde dem Sozialtourismus Tür und Tor öffnen.

Heute haben EU-Bürger, welche im ersten Jahr nach dem Zuzug den Job verlieren, kein Anrecht auf Sozialhilfe. Wenn die Arbeitslosigkeit «erst» nach Ablauf des ersten Jahres seit dem Zuzug eintritt, so erhalten sie halbes Jahr lang Sozialhilfe. Dies möchte die EU ändern. Mit der Einführung der Unionsbürgerrichtlinie hätten EU-Bürger bereits im ersten Jahr Anspruch auf ein halbes Jahr Sozialhilfe – bei einem späteren Jobverlust sogar auf unbeschränkte Sozialhilfe!

Noch dicker käme es bei den Nichterwerbstätigen. Diese haben heute keinen Anspruch auf Sozialhilfe –

nach einer Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie hätten sie nach nur drei Monaten Anspruch auf unbeschränkte Sozialhilfe!

EU-Studenten, die sich ihr Studium in der Schweiz nicht leisten können, müssen heute zurück gehen. Neu sollen Studenten nicht mehr von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden können – sie kämen in den Genuss des vollen Programms... Und dies alles auf Kosten der Schweizer Steuerzahler.

### Sozialtourismus vorprogrammiert

Offen gestanden könnte man es keinem EU-Bürger verargen, wenn er

angesichts der Verlockungen dieses staatlichen Füllhorns, welches im Falle der Arbeitslosigkeit über ihm ausgeschüttet würde, nicht sofort in die Schweiz umziehen würde. Dass er zudem seine ganze Familie nachziehen darf, damit diese ebenfalls in den Genuss des vollen Programms kommt, ist für die EU selbstverständlich – für unsere Gemeinden wäre dies jedoch unbezahlbar!

### Gemeinden würden ruiniert

Denn die Gemeinden, welche schon ab 2020 unter den stark gestiegenen Kosten für die Sozialhilfe der im Jahr 2015 zugewanderten Asylbewerber ächzen werden, können ohne massive Steuererhöhungen keine weiteren Kosten mehr stemmen!

Also darf die Schweiz das Rahmenabkommen niemals unterzeichnen – die Folgen für unsere Sozialkassen, insbesondere aber für unsere Gemeinden wären ruinös.

Von Nationalrat  
Andreas Glarner  
Oberwil-Lieli (AG)



## INSERAT

GOAL GLOSSAR

Q Mobilisierung

### Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

## Kein Licht am Ende des Tunnels

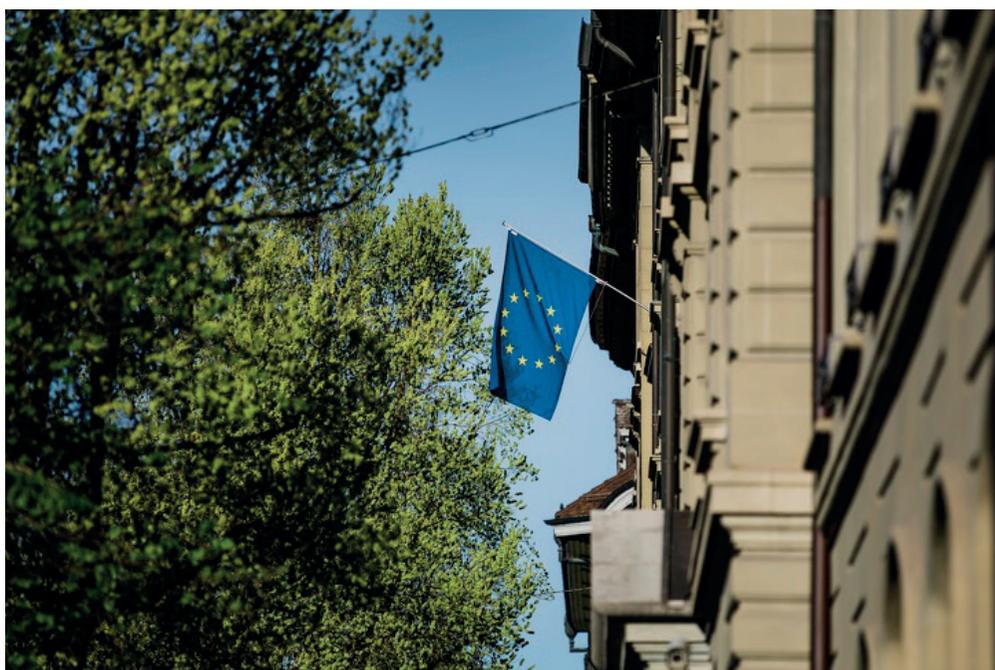
**Die verschiedenen parlamentarischen Kommissionen haben die Anhörungen bezüglich des Rahmenabkommens (InstA) abgeschlossen. Dabei hat der Bundesrat in seinem klar wichtigsten Dossier versucht, eine Auslegeordnung zu machen. Nun ist es definitiv: Er hat kein Licht in den Tunnel gebracht.**

Die Beamten im linkslastigen Aussendepartement verteidigen ihr missglücktes InstA bis aufs Blut. Kein Wunder, denn sie wollen den EU-Beitritt, wenn auch schleichend. Auf staatspolitische Bedenken gibt es keine Antworten. Das alleine wäre schon Grund genug, den Kampf gegen das InstA mit aller Kraft weiterzuführen.

Mitte Januar hatte die aussenpolitische Kommission des Nationalrats eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Damit wurde eine mehrmonatige Chaos-Phase eingeläutet. Die Parlamentarier stellten sich zu Recht die Frage: «Wieso präsentiert uns der Bundesrat eine Vorlage, zu welcher er (angeblich) keine Meinung hat?»

Doch wo blieben die kritischen Einwände, wo die Gegenargumente? Wieso hat unsere Regierung den Euroturbos im Land ein Abkommen auf einem silbernen Tablett serviert? Einige Parteien hatten ihre Parolen offenbar schon vor der ersten Sichtung des Textes gefasst, eingelullt von Staatssekretär Roberto Balzaretto, welcher den Inhalt des Abkommens verklärte und bei öffentlichen Auftritten in den Himmel lobte.

Seither ging es schnell. Die FDP und die Grünliberalen warfen sich in die Arme der EU. Die BDP folgte hinterher. Die CVP ist ihren gewohnten Slalomkurs gefahren. Mit ihrem Eurotunnelblick blenden diese Mitteparteien die politischen Realitäten aus. Wenigstens beklagten Teile der Linken, durchaus medienwirksam,



**Für die tonangebenden Sozis ist der Vertrag die Vorstufe zum EU-Beitritt.**

den schwindenden Lohnschutz. Das jedoch ist Geplänkel. Für die tonangebenden Tenöre bei den Sozis ist das InstA sowieso nur die Vorstufe zu einem EU-Beitritt.

Nun stellt der neutrale Beobachter fest: Einzig die SVP interessiert sich vollumfänglich für das Wohl der Schweiz. Nur die SVP hat den vom Bundesrat in die Wege geleiteten Ausverkauf der demokratischen Prinzipien von allem Anfang an scharf kritisiert und bekämpft.

### **Bundesrat wird weiter für ein Rahmenabkommen weibeln**

Trotz allfälliger kosmetischer Änderungen: Die Grundzüge des InstA bleiben unverändert. Mit der dynamischen Übernahme von EU-Recht werden wir Schweizer zum Parieren gebracht. Unsere Ohren werden markiert wie bei einem Kalb. Wir sollen wissen, in welche Herde wir uns ein-

zugliedern haben. Wenn das Schweizer Kreuz auf rotem Grund erst einmal mit den blauen EU-Tönen überdeckt und mit gelben Sternen übersät ist, dann ist unsere ureigene Demokratie-DNA endgültig Geschichte. Und ja, mir graut vor einem Europäischen Gerichtshof mit einer schier grenzenlosen Kompetenz.

Auch wenn wir ihn mit den hellsten Lampen ausleuchten – in diesem Tunnel bleibt es dunkel. Überdies ist kein gutes Ende in Sicht. Deshalb müssen wir uns vehement gegen das Rahmenabkommen wehren. Sonst werden wir derart verhagelt, dass wir nur noch Sterne sehen.

Von Nationalrat  
Roland Rino Büchel  
Oberriet (SG), Mitglied  
der aussenpolitischen  
Kommission





## Masseneinwanderung bleibt Hauptproblem

**Die ungesteuerte Zuwanderung in die Schweiz sorgt für immer mehr Probleme. Den Schweizerinnen und Schweizern bleibt immer weniger im Portemonnaie. Die aktuelle Klimahysterie dürfte zudem dafür sorgen, dass unser Asylrecht auf «Klima- und Umweltflüchtlinge» ausgeweitet wird.**

Trotz eines positiven Wirtschaftswachstums sind die Reallöhne 2018 im Durchschnitt um 0,4 Prozent gesunken. Die Gewerkschaften schreien Zeter und Mordio, hüten sich aber selbstverständlich, die wahren Gründe zu nennen. Im Gegenteil – die Linke bestreitet, dass solche Zahlen etwas mit der Migration zu tun haben. Tatsache aber ist: Die Wertschöpfung hinkt dem Bevölkerungswachstum deutlich hinterher. Die Löhne werden durch die ungezügelter Zuwanderung gedrückt, die Kosten für Wohnen, Gesundheit, den öffentlichen Verkehr und für die Energie steigen.

### 8,7 Millionen sind zu viel

Die Zuwanderung ist weiterhin viel zu hoch: Allein in den letzten zwölf Jah-

ren sind netto eine Million Menschen in unser Land geströmt. Wenn die Bevölkerungsentwicklung so weiterläuft, werden wir demnächst wieder, wie in den Jahren nach Einführung der vollen Personenfreizügigkeit, eine jährliche Netto-Zuwanderung von über 80'000 Personen haben.

Die neusten Zahlen des Bundes bestätigen denn auch, dass zwar etwa gleich viele Ausländer in die Schweiz zuwandern, aber immer weniger die Schweiz verlassen. Auf diese Weise hat die Netto-Zuwanderung im ersten Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent auf 13'653 Personen zugenommen. Speziell für Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien scheint die Schweiz immer beliebter zu werden (+96 Prozent!). Im

gleichen Zeitraum verzeichnete die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz einen Geburtenüberschuss von 3'942. Sprich, alleine zwischen Januar und März 2019 hat die Anzahl Ausländer in der Schweiz um rund 17'500 Personen zugenommen, obwohl gleichzeitig über 8'000 Personen eingebürgert wurden.

### Sozialstaat braucht Grenzen

Als ich im Jahr 1966 geboren wurde, lebten in der Schweiz noch 5,9 Millionen Einwohner. Heute sind es 8,7 Millionen. Wenn ich diese Welt nicht allzu früh verlassen muss, werde ich noch erleben, dass sich die Bevölkerung meines Heimatlandes im Laufe meines Lebens sage und schreibe verdoppelt hat. 15'255 Personen sind im

letzten Jahr via Asylschiene in die Schweiz eingereist – ganz wenige davon als echte Flüchtlinge. Der weit überwiegende Teil der Asylanten lebt dauerhaft von der Sozialhilfe, also zulasten der Steuerzahler. Doch unser Sozialstaat funktioniert nur mit Grenzen. Müssen wir uns wundern, dass die Krankenkassenprämien explodieren, wenn jeder Zuwanderer ab der ersten Minute dieselben medizinischen Leistungen bezieht wie jene Bürgerinnen und Bürger, deren Familien seit Generationen Prämien zahlen? Wir wollen Lebensqualität, Sicherheit und Wohlfahrt – aber ganz sicher keine Zehn-Millionen-Schweiz! Nur die Begrenzungsinitiative der SVP kann diesen Unfug endlich stoppen.

### Klima bald Asylgrund?

Eine besondere Gefahr bezüglich der Masseneinwanderung stellt die

gegenwärtige Klimahysterie dar. Rote und grüne Politiker machen keinen Hehl daraus, dass sie den Klimawandel und Umweltveränderungen als Anerkennungsgrund für «Flüchtlinge» durchsetzen wollen. Noch verhindert die geltende Genfer Konvention von 1951 diese unverantwortliche Ausweitung. Doch wie lange noch? Der Uno-Migrationspakt fordert eine «Agenda zum Schutz der aufgrund von Katastrophen und Klimaänderungen über Grenzen hinweg Vertriebenen» und nennt mehrfach die Klimaveränderung als regulären Migrationsgrund.

Angesichts ihrer bisherigen politischen Agenda und entsprechenden Verlautbarungen ist abzusehen, dass grüne und linke Kreise den Klimawandel und die aktuelle Klimadiskussion dazu missbrauchen, den Flüchtlingsbegriff in verantwortungsloser Weise auszuweiten. Die Folgen sind abseh-

bar: Alleine in Afrika leben über 1,2 Milliarden. Menschen, welche sich relativ einfach auf den Klimawandel berufen könnten. Einer solchen Fehlentwicklung mit unabsehbaren Folgen für die Schweiz und ihre Bevölkerung muss jetzt unmissverständlich ein Riegel geschoben werden. Ich habe deshalb kürzlich in der Sondersession einen Vorstoss eingereicht, der das Asyl- und Ausländergesetz so anpassen will, dass Umwelt- und Klimagründe vom Flüchtlingsbegriff ausdrücklich ausgeschlossen werden – genau so, wie Desertion und Dienstverweigerung im Gesetz keine Asylgründe mehr bilden dürfen.

Von Nationalrat  
Thomas Matter  
Meilen (ZH)



Wir wollen Lebensqualität und Sicherheit und keine 10-Millionen-Schweiz.

DER NEUE RANGE ROVER EVOQUE

EIN BLICK SAGT ALLES.



ABOVE & BEYOND



Der neue Range Rover Evoque fühlt sich auf unbefestigten Wegen genauso wohl wie in der Stadt und legt dabei die Leistungsfähigkeit eines echten Land Rover an den Tag. Sein Design weiss auf den ersten Blick zu gefallen, wobei seine unverkennbare Silhouette an ein Coupé erinnert. Mit seinen dynamischen Matrix-LED-Scheinwerfern und den animierten Blinklichtern setzt er in jeder Umgebung stilsichere Akzente. Sie sehen schon, der Evoque ist ein wahrer Blickfang.

**Jetzt bei Ihrem Land Rover Fachmann Probe fahren.**

[landrover.ch](http://landrover.ch)

Ich will's. Ich wähl's.



## Mehr SVP – damit die Schweiz Schweiz bleibt

**Unsere Schweizer Werte sind durch eine verantwortungslose links-grün geprägte Politik gefährdet wie selten zuvor. Um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu erhalten, ist es wichtig, dass die SVP im Oktober die Wahlen gewinnt. Damit das gelingt, braucht es jede und jeden Einzelnen von uns!**

Wir wollen im Oktober 2019 die Wahlen für die Schweiz gewinnen. Nur mit einer starken SVP-Fraktion können wir in Bundesbern wirksam für unsere Werte kämpfen. Damit unser Land nicht an die EU angebunden, die Zuwanderung und der Asylantenzustrom wirklich eingedämmt und der bevormundende linke Regulierungswahn, verbunden mit immer höheren Steuern, Gebühren und Abgaben, gestoppt wird.

Wahlen sind für die SVP nicht Selbstzweck und schon gar nicht eine billige Basis zur Verteilung von Pöstchen. Wahlen bestimmen für die nächsten vier Jahre das politische Gewicht und das Kräfteverhältnis im National- und Ständerat. Eine starke SVP-Bundeshausfraktion bildet das für die Zielerreichung unabdingbare Fundament zur Erfüllung unserer Wahlversprechen und zur Interessenvertretung unserer Wählerschaft. Diese Wahlen dulden deshalb auch keine Halbheiten!

### Die Freiheit braucht uns alle

Wir alle in der SVP sind gefordert, unseren Beitrag zum Wahlerfolg zu leisten. Klar braucht es dazu eine dezidierte Parteileitung auf schweizerischer und kantonaler Ebene. Klar bedingt es motivierte und engagierte Kandidierende, die voll für unsere Zielsetzungen einstehen. Ebenso klar notwendig ist aber auch der Einsatz aller SVP-Mitglieder, die in ihrem Umfeld persönlich im direkten Gespräch, per Telefon oder schriftlich zum Wählen



**Wir sind es unserem schönen Land schuldig, das Beste zu geben.**

motivieren. Die bei Standaktionen mithelfen, Flyer zu verteilen und die im privaten Raum Plakate aufstellen. Um dies für unser Land zu tun, braucht es nicht nur Zeit. Es braucht in erster Linie den Mut, eine Meinung zu haben und dazu zu stehen. Einfach nur zu wissen, was zu tun wäre reicht nicht – wir müssen es tun.

Wir alle in der SVP sind es uns, unseren Kindern und Grosskindern sowie unserem schönen Land schuldig, mit vollem Einsatz das Beste zu geben. Jede und Jeder nach seinen Möglichkeiten, denn nur gemeinsam können wir auch in Zukunft unsere hart erarbeitete starke Position halten.

### Widerstand statt Anpassung

Lasst euch nicht von den politischen Gegenspielern, den Abzocker-Mana-

gern und EU-Turbos sowie von deren Helfershelfern entmutigen, die unsere SVP am liebsten zerschlagen möchten. Es gab in der Geschichte unseres Landes schon immer Anpasser. Bei den Habsburgern, bei Napoleon, bei Hitler und bei Lenin und Mao. Es gab aber auch immer standhafte Schweizerinnen und Schweizer, die letztlich erfolgreich Widerstand leisteten. Darum gilt auch heute: Aufstehen – zusammenstehen und durchstehen. Damit die Schweiz – Schweiz bleibt.

Von Nationalrat  
Adrian Amstutz  
Sigriswil (BE)



## Werden Sie Wahlbotschafter!

**Für den Wahlkampf setzt die SVP auf Wahlbotschafter. Sie sollen in den Gemeinden als Motivatoren und Multiplikatoren dienen. Denn nur gemeinsam können wir am 20. Oktober den Erfolg der SVP fortsetzen und die Wahlen für die Schweiz gewinnen.**



Die SVP ist eine Bürgerbewegung - werden auch Sie Teil davon.

Es ist eine Stärke der SVP, nahe bei den Leuten zu sein, den Puls der Bevölkerung zu spüren. Wir bringen Lösungen, die eine Mehrheit der Bevölkerung und Kantone unterstützen. Die SVP ist eine Bürgerbewegung mit einer breiten Basis. Unsere Ortsparteien sind unsere Stärke.

Um diesen Werten wieder mehr Nachdruck zu verleihen und an unsere erfolgreiche Tradition anzuknüpfen, wollen wir mit tausend Wahlbotschaftern auf Kantons- und Gemeindeebene

die Menschen erreichen. Auch im Wahlkampf setzen wir auf Nähe, denn niemand kann die Wählerinnen und Wähler besser motivieren als lokal verankerte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Mit diesen engagierten Frauen und Männern aus den Ortsparteien, die mit Vereinen und dem Gewerbe verbunden sind, können wir die Wahlen am 20. Oktober gewinnen. Deshalb sind die Wahlbotschafter wichtig. Zwar kann man in Plakate und Hochglanz-Inserate investieren. Viel wirkungsvol-

ler, weil überzeugender ist jedoch die persönliche Empfehlung von Nachbarn, Bekannten, Kollegen und Freunden.

### Engagement für die Schweiz

Melden Sie sich an, um Teil der SVP-Bewegung zu werden. Wir brauchen Menschen, die sich für die Schweiz engagieren wollen, die den Puls der Bevölkerung spüren und die weitersagen, wofür sich die SVP einsetzt. Wir kämpfen für die Freiheit, gegen den EU-Rahmenvertrag, für das Gewerbe und dafür, dass die Bützer und die Familien in unserem Land wieder mehr Geld im Portemonnaie haben. Bis zum 20. Oktober wollen wir 50'000 Menschen erreichen und von unseren Werten und Lösungen überzeugen. Dafür brauchen wir Sie!

Von Nationalrätin  
Sandra Sollberger  
Bubendorf (BL)



Ich will mich als Wahlbotschafter/-in der SVP für die Schweiz engagieren

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefonnummer:

Mobiltelefon: